GR Nr. 98/211

Gemeinderat von Zürich 01.07.98

Postulat

von Peter Marti (FDP)
und 20 Mitunterzeichnenden

GR Nr. 98/211

Der Stadtrat wird ersucht, im Sinne einer dringenden Entlastungsmassnahme, beim Kanton einen rasch greifenden, auf fünf Jahre befristeten Zuweisungsstopp für Asylbewerbende für das Stadtgebiet zu erwirken, unter entsprechender Reduktion des kantonalzürcherischen Kontingentes.

Begründung:

Stadtpräsident Josef Estermann im Tages-Anzeiger vom 9.6.1998:

„Wir haben Integrationsprobleme, und die müssen wir dringend angehen. Einerseits müssen wir etwas unternehmen gegen die zunehmende Konzentration von Ausländern in den Kernstädten. Diese Konzentration hat ein Mass erreicht, bei dem die Integration (der bereits hier lebenden Ausländer – P.M.) nicht mehr möglich ist..."

Der Versuch zur Durchsetzung der vorgeschlagenen Massnahme untermauert den ernsthaften Willen der Stadtzürcher Legislative und der Exekutive, das komplexe Problem nicht nur verbal anzupacken.

Das vorgeschlagene Moratorium kann zur Entschärfung der Ausländerproblematik und zur Versachlichung der Diskussion darüber beitragen. Zudem kann es die über weite Teile verunsicherte und besorgte schweizerische Stadtbevölkerung von weitergehenden oder gar extremen politischen Forderungen abhalten. Es liegt also durchaus auch im Interesse des hier lebenden, weitgehend integrierten ausländischen Bevölkerungsteiles.

Nicht auszuschliessen ist, dass der Anziehungskraft der Schweiz auf „wirtschaftlich interessierte Asylanten" durch eine weiträumigere Verteilung möglichst ausserhalb städtischer Verhältnisse, wirksam begegnet werden kann.

Antrag auf dringende Behandlung